

## Verbandes Haus- und Wohneigentum Thüringer Siedlerbund e.V.

### Energetische Sanierung

Die energetische Sanierung des Gebäudebestandes ist ein zentraler Schlüssel zur Modernisierung der Energieversorgung und zum Erreichen der Klimaschutzziele.

Die Liberalen im Bund haben mit dem 2013 beschlossenen Mietrechtsänderungsgesetz bereits einen Beitrag zur Entlastung der Hauseigentümer bei energetischer Sanierung durchgesetzt.

Wir setzen auf Anreiz statt auf Zwang. Großer Handlungsbedarf besteht bei der Weiterentwicklung der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten bei energetischer Gebäudesanierung. Dazu zählt beispielsweise eine entsprechend ausgestaltete degressive Abschreibung in den ersten drei Jahren.

Aber auch für Eigentümer, die keine Steuern zahlen, müssen Möglichkeiten zur energetischen Sanierung geschaffen werden. Die FDP Thüringen fordert dafür ein Förderprogramm des Bundes.

### Energiewende und Strompreise

Die Energiewende droht zu scheitern. Der Kapazitätsausbau der erneuerbaren Energien belastet mit dem massiven Anstieg der EEG-Umlage insbesondere private Haushalte und kleine Unternehmen, die sich nicht von der Umlage befreien lassen können. Die EEG-Novelle der Bundesregierung beseitigt die Fehlsteuerungen im System nicht, sinkende Strompreise sind damit nicht zu erwarten.

Die FDP will eine **bezahlbare, sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung**. Wir brauchen dazu eine Neuausrichtung der bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen mit einem Aussetzen der EEG-Förderung. Anstelle der garantierten Einspeisevergütung im EEG müssen sich die erneuerbaren Energien nach 14 Jahren EEG endlich dem Markt stellen, um den angestrebten Anteil erneuerbarer Energien möglichst effizient und kostengünstig zu erreichen.

Die FDP will zudem mit der **Absenkung der Stromsteuer** Verbraucher und Unternehmen sofort entlasten. Die Stromsteuer sollte schnellstmöglich auf das von der EU vorgegebene Mindestmaß abgesenkt werden. Damit würde der reguläre Steuersatz von 2,05 ct/kWh auf 0,1 ct/kWh sinken, die Verbraucher würden um mehr als 6 Mrd. Euro entlastet werden.

Wir unterstützen die vorgesehene Novelle des Baugesetzbuches, mit der eine Möglichkeit geschaffen werden soll, **Mindestabstände von Windkraftanlagen** zur Wohnbebauung durch die Länder selbst festlegen zu können. Durch diese Stärkung der Länderkompetenz können regional passende Lösungen gefunden werden, was einen Beitrag für eine größere Akzeptanz der Energiewende leisten würde.

### **Alternde Gesellschaft**

Der Freistaat braucht laut dem Wohnungsmarktbericht Thüringen zusätzlich 3.000 seniorengerechte Wohnungen jährlich. Die Liberalen sehen in einer flexiblen, regionsspezifischen Förderung bei altersgerechten Umbau- und Neubaumaßnahmen im Wohnungsbau eine Möglichkeit diesen Bedarf abzudecken.

Wer über die Zukunft Thüringens nachdenkt, der darf den Ländlichen Raum nicht ignorieren. Gerade im Ländlichen Raum mit seinen Dörfern und kleinen Städten bestehen erhebliche Potenziale. Uns ist besonders wichtig, dass die technische und soziale Infrastruktur, Bildung-, Kultur- und andere Freizeitangebote für die Attraktivität des Ländlichen Raumes erhalten bleiben bzw. ausgebaut werden. Das gilt für die Sicherung der Versorgung älterer Bürger in vielen Lebensbereichen sowie die Zukunftsperspektiven für jüngere Generationen.

Die wohnortnahe medizinische Versorgung ist Grundlage der Lebensqualität für jung und alt im Flächenland Thüringen. Die FDP wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass eine Versorgung mit genügend Fach- und Hausärzten sichergestellt wird.

### **Vermögensteuer**

Die Vermögenssteuer ist eine Substanzsteuer. Die FDP lehnt eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer ab.

## **Erbschaftssteuer**

Die Erbschafts- und Schenkungssteuer wollen wir auf die Länder übertragen. In den Ländern kann die Erbschafts- und Schenkungssteuer dann aufkommensneutral weiterentwickelt, vereinfacht oder ganz abgeschafft werden. Schon eine einheitliche Bemessungsgrundlage nach dem Verkehrswert, verbunden mit moderaten Steuersätzen und angemessenen Freibeträgen, würde unnötige Bürokratie vermeiden und Rechtssicherheit für Eigenheimbesitzer und in der Unternehmensnachfolge schaffen.

Jeder Euro, der heute vererbt wird, wurde bereits mehrfach besteuert. Dass ein bereits versteuertes Einkommen nochmals abgeschöpft wird, lehnt die Thüringer FDP im Interesse der Thüringer Wirtschaft, der Thüringer Familien und aller Eigenheimbesitzer ab.

## **Grunderwerbsteuer**

Die FDP hat im Thüringer Landtag als einzige Fraktion gegen die Erhöhung der Grunderwerbssteuer von 3,5% auf 5% gestimmt. Wir wollen die Erhöhung in der nächsten Legislaturperiode rückgängig machen. Durch den Erwerb von Eigentum wird eine stärkere Bindung an unser Land erreicht, der demographische Wandel durch Wegzug gestoppt und die steuerliche Belastung gerade für Bürgerinnen und Bürger beim Immobilienerwerb gesenkt.

## **Grundsteuer**

Die FDP fordert eine verfassungsfeste, einfache und aufkommensneutrale Reform der Grundsteuer. Das Hebesatzrecht soll wie bisher bei den Kommunen belassen werden. Derzeit werden drei Modelle - das Verkehrswertmodell der Nordländer, das Wertunabhängige Modell der Länder Bayern und Hessen und das Gebäudewertunabhängige Kombinationsmodell des Freistaats Thüringen geprüft. Im September 2013 wurde der von der offenen Länderarbeitsgruppe im Auftrag der Finanzministerkonferenz erstellte Abschlussbericht für eine Grundsteuerreform vorgelegt. Die FDP fordert, dass die Reform nicht weiter auf die lange Bank geschoben wird, sondern eine schnelle Befassung der Finanzministerkonferenz mit dem Abschlussbericht stattfindet.

Die Anwendung der alten Bemessungsgrundlagen ist verfassungsrechtlich mehr als bedenklich. In vielen Gemeinden wurden 2013 und 2014 Hebesätze der Grundsteuer erheblich (sogar über die von der Landesregierung vorgegebenen fiktiven Hebesätze) angehoben. Wir halten diese Entwicklung für falsch und plädieren deswegen für eine zeitnahe Reform.

### **Straßenausbaubeiträge**

Der bisherige faktische Erhebungszwang für Straßenausbaubeiträge sollte endlich aufgehoben werden. Nach der Auffassung der FDP kann mehr Abgabengerechtigkeit dadurch erreicht werden, dass es den Gemeinden freigestellt wird, ob sie Abgaben erheben oder auf die Erhebung verzichten wollen. Dadurch wird nicht nur die kommunale Selbstverwaltung gestärkt und auch Bürger können dadurch bei der Finanzierbarkeit von zukünftigen Maßnahmen besser beteiligt werden. Mitbestimmung über die Finanzierung und die Notwendigkeit von Maßnahmen vor Ort ist nach Auffassung der FDP ein wichtiger Bestandteil für mehr Abgabengerechtigkeit. Weiterhin haben wir uns dafür eingesetzt, erstmalig in der Thüringer Kommunalordnung festzuschreiben, dass die Gemeinde bei einer Abgabenerhebung auch darauf Rücksicht nehmen muss, ob die Bürger die Beiträge auch leisten können.